

Probleme der Entwicklungshilfe

Autor(en): **Hagen, T.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK =
Mensuration, photogrammétrie, génie rural**

Band (Jahr): **82 (1984)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-232112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Probleme der Entwicklungshilfe

1. Teil: Standortbestimmung nach 30 Jahren

T. Hagen

Trotz gegenwärtig jährlicher Entwicklungshilfe von 30 Mia US\$ und einem seit 1950 angehäuften Schuldenberg der Entwicklungsländer von 800 Mia US\$ nehmen im weit überwiegenden Teil der Entwicklungsländer Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger zu. Gleichzeitig verläuft die ökologische Entwicklung in der Dritten Welt beängstigend, wie Abholzung, Bodenzerstörung, Abnahme des Nutzlandes, Abnahme der Hektarerträge, Versalzung der bewässerten Böden, Abnahme der Grundwasservorräte usw. Die Ursache dafür liegt in einer falschen, bauernfeindlichen Agrarpolitik der Entwicklungsländer und falscher Entwicklungshilfe. Dies wird an vier Fallbeispielen aufgezeigt (Nepal, Haiti, Madagaskar, Sahel).

Malgré l'aide au développement qui se monte actuellement à 30 milliards de dollars par année et une dette globale de 800 milliards due par les pays en voie de développement, le chômage, la pauvreté et la faim augmentent dans la plupart de ces pays. Simultanément, le développement écologique du tiers monde se dégrade par les déboisements, la destruction des sols, la diminution des surfaces cultivables, la diminution du rendement par hectare, la salinité des terres irriguées, la diminution des réserves d'eau souterraine, etc. La raison de cette évolution réside dans la fausse politique agricole hostile aux paysans de ces pays, ainsi que dans l'aide au développement mal adaptée. Le Népal, Haiti, Madagascar et le Sahel sont donnés comme exemples.

Bisherige Investitionen

Entwicklungshilfe im heutigen Sinn wurde von den Missionen in der Dritten Welt schon seit langem betrieben, vor allem im Ausbildungs- und Gesundheitswesen. Die staatliche Entwicklungshilfe, sowohl direkt bilateral als auch multilateral über die internationalen Organisationen, nahm ihren Anfang nach dem letzten Weltkrieg mit dem grosszügigen Angebot der amerikanischen Regierung an die Dritte Welt, unter dem in die Geschichte als «Point Four» eingegangenen Programm von Präsident Truman. Der revolutionäre amerikanische Schritt war die natürliche Folge des erfolgreichen Marshallplanes, der mit (damals) rund 4,7 Mia. US\$ das zerstörte Westeuropa wieder auf die Beine stellte und die Grundlage zur späteren Hochkonjunktur bildete. Die seit 1950 von den westlichen Industrieländern gewährte, nicht rückzahlbare Entwicklungshilfe wird auf etwa 400–500 Mia. \$ geschätzt, allein im Jahr 1981 waren es 30 Mia. (Die Hilfe der Ostblockländer fällt mit Ausnahme von Waffenlieferungen kaum ins Gewicht.) Dazu hat sich von 1950 bis Ende 1983 noch ein Schuldenberg von 810 Mia. \$ angehäuft, mit jährlichem Schuldendienst (Zinsen und Abzahlungen) von 130 Mia. \$.

Vortrag gehalten an der ETH Zürich im Rahmen einer Veranstaltung durch das Institut für Kulturtechnik am 3. Februar 1984.

Heutige Situation

Die Kluft zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt einerseits und innerhalb der Entwicklungsländer zwischen den Volksmassen und deren Oberschicht andererseits hat sich vergrössert. Hunderte Millionen von Menschen sind arbeitslos, und noch viel mehr sind unterbeschäftigt – der Hauptgrund für die herrschende Armut. In den von der UNO ausgeschiedenen 32 ärmsten Ländern leben 50% der Bevölkerung in absoluter Armut: Keines der sogenannten Grundbedürfnisse ist nur annähernd gedeckt: Ernährung, Behausung, Bildung, Gesundheit; von der Gewährung der Menschenrechte nicht zu reden. Gemäss FAO hungern heute rund 450 Mio. Menschen, laut UNICEF sterben jedes Jahr 40 Mio. Kinder, aus Gründen, die mit dem Hunger in Zusammenhang stehen. Hunderte Millionen von Menschen sind schwer gesundheitsschädigend unterernährt.

Der Anteil der arbeitslosen oder stark unterbeschäftigten nicht bäuerlichen Stadtbevölkerung, für welche die Lebensmittel subventioniert werden müssen, wird im Jahr 2000 rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Dritten Welt ausmachen (3,6 Mia.), und nicht nur ein Zwölftel wie noch im Jahr 1950 – und wird damit schlicht nicht mehr bezahlbar sein.

Bolivien (gegen Abbau der Subventionen für Nahrungsmittel) geben einen Vorgesmack, was auf die Dritte Welt

noch zukommen wird. Industrialisierung, obschon auch notwendig für die Entwicklungsländer, vermag im Vergleich zum Gesamtproblem nur einen kleinen Teil des Beschäftigungsproblems zu lösen.

Rein theoretisch stimmt zwar die Behauptung, dass «genug zu essen da sei», um die ganze Weltbevölkerung zu ernähren, allerdings mit der Einschränkung, dass am falschen Ort produziert wird, nämlich dort, wo ohnehin schon Überfluss herrscht, und nicht dort, wo gehungert wird. Die von Wohltätern und Ideologen geforderte «Umverteilung» ist aber nicht nur keine Lösung, sondern kontraproduktiv. Der Hunger in der Welt steht in engem Zusammenhang mit der Armut: Reiche Leute hungern nie. Die Lösung des Hungerproblems in der Dritten Welt ist daher heute vor allem eine politische Angelegenheit. Sie erfordert den Willen, eine bauernfreundliche, wirtschaftsgerechte Entwicklungspolitik und -hilfe durchzusetzen. Dazu bleibt allerdings nicht mehr viel Zeit übrig, denn die ökologische Entwicklung bis zum Jahr 2000 (gemäss Bericht Global 2000 und FAO) zeigt, dass mit der fortschreitenden Zerstörung des Nutzlandes eine genügende Nahrungsmittelproduktion um die Jahrhundertwende wiederum ein technisches Problem werden kann. Zu den mindestens 1300 Mio. Menschen, die im Jahr 2000 hungern werden, fügt sich noch die ländliche Energiekrise (Brennholzdefizit), deren Auswirkungen auf Mensch und Natur nicht weniger schwerwiegend sein werden.

Die *ökologische Entwicklung* in der Dritten Welt muss als beängstigend bezeichnet werden, einmal wegen des Ausmasses der Schäden, dann vor allem, weil die bisher getroffenen Massnahmen im Vergleich zum Problem quantitativ nicht nur völlig unbedeutend sind, sondern sich oftmals direkt schädlich auswirken, da falsch konzipiert.

Globale ökologische Veränderungen 1975–2000 und deren Folgen

Bevölkerungsexplosion und schädliche Eingriffe des Menschen in die Natur werden bis zum Jahr 2000 die folgenden schicksalhaften ökologischen Veränderungen zur Folge haben:

Weltbevölkerung: Zunahme 63%

Wüsten: Zunahme 62%

Bodenverwüstung global pro Jahr:
6 Mio. ha (= 60 000 km² = 1,5mal die Schweiz)

Ausbreitung der Wüsten global zwischen 1975 und 2000: verdreifacht

Ausbreitung der Sahara nach Süden: rund 250 km

Tropischer Regenwald 1979,
Bestand global: 800 Mio. ha
jährliche Abnahme: 15–20 Mio. ha
Abnahme pro Minute: 35 ha

Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten bis 2000: 20% (½ Mio.–2 Mio.)

Geschlossener Wald: Abnahme 17%

Brennholzdefizit Dritte Welt im Jahr 2000: 25% des Bedarfs oder 650 Mio. t

Lohnanteil für Brennholzbeschaffung für Arbeiter in Ouagadougou (Obervolta): ⅓

Abnahme der Wasservorräte global pro Kopf: 35%

Bewässertes Land Welt: Zunahme 22% (1979: 230 Mio. ha)
1975 geschädigtes bewässertes Land: 112 Mio. Hektaren

Zusätzlich geschädigtes bewässertes Land pro Jahr: 3 125 000 ha (= ¼ Fläche Schweiz)

Abnahme des bebaubaren Nutzlandes pro Kopf in der
Dritten Welt:

1975	2000
0,45 ha	0,19 ha

Abnahme der Pro-Kopf-Getreideproduktion, Afrika:

1963	1990
180 kg	144 kg

Getreideproduktion im Jahr 2000:
Überschuss marktwirtschaftliche Industrieländer 196 Mio. t
Defizit Entwicklungsländer 180 Mio. t
Defizit Ostblockländer 35 Mio. t
Importbedarf global 217 Mio. t
Defizit global 21 Mio. t

Landflucht, Wuchern der Grossstädte:

	1975	2000
Mexico City	11 Mio. Einw.	32 Mio. Einw.
Gross-Bombay	7 Mio. Einw.	19 Mio. Einw.
Gross-Kairo	7 Mio. Einw.	16 Mio. Einw.

Anteil der Stadtbevölkerung in der Dritten Welt
Verhältnis Landbewohner/Stadtbewohner:

1950	2000
12 : 1	2,6 : 1

Die Gründe für die traurige Bilanz

Die Gründe für diese nach 30 Jahren traurige Bilanz sind mannigfaltig. Sie liegen sowohl bei den Empfängern als auch bei den Gebern, meist jedoch bei beiden gleichzeitig. Die Regierungen der aus der Kolonialherrschaft entlassenen Drittweltländer waren von unserer modernen Industrie und Technik ge-

blendet und glaubten, in einigen Jahrzehnten das Erreichen zu können, wofür wir mehrere hundert Jahre brauchten. Bei uns schaffte die industrielle Entwicklung das Rückgrat der Wirtschaft und erlaubt, die Landwirtschaft zu subventionieren. Mit wenigen Ausnahmen ist hingegen eine ähnliche industrielle Entwicklung in der Dritten Welt ausgeschlossen, und für die meisten Ländern wird die Landwirtschaft für immer das Rückgrat der Wirtschaft bleiben.

Man kann die Mängel in der Entwicklungshilfe in zwei Gruppen unterteilen, nämlich in entwicklungspolitisch-konzeptionelle (anwendbar für alle Arten von Hilfe, Bilanzhilfe, Kredite und Projekthilfe) und mehr fachliche, die sich auf die Projekthilfe allein beziehen (nachfolgende Punkte 16–21). Die Katastrophenhilfe ist hier ausgeklammert.

1. Desinformation sowie ideologisch gefärbte (einseitige) und fehlerhafte Darstellung der Probleme und Ursachen führen zu ungeeigneten und kontraproduktiven Massnahmen.
2. Entwicklungspolitische Modeströmungen und Theorien führen zum Debattieren und zu optischen, nicht machbaren oder nicht nachvollziehbaren Entwicklungsmodellen (Peru, Tansania, Madagaskar, China).
3. Zu hoch gestellte Erwartungen an die Wirkung der Entwicklungshilfe.
4. Simplifiziertes Sündenbockdenken der Entwicklungsideologen und Abwälzen der Schuld an der Misere in der Dritten Welt auf die früheren Kolonialmächte und Industrieländer paralisieren in den Entwicklungsländern den Willen zu überfälligen Reformen und zur Selbsthilfe.
5. Das Abwälzen der Schuld auf uns erschwert eine echte Partnerschaft und führt zum Empfängermarkt.
6. Empfängermarkt bedeutet: Bei der Projektfinanzierung kann sich der Empfänger oft denjenigen Geldgeber auswählen, der keine oder weniger harte entwicklungspolitische Bedingungen stellt.
7. Falsch verstandener Souveränitätsbegriff der Entwicklungsländer zusammen mit dem Schlagwort der «Fremdbestimmung» verhindert externe Erfolgskontrollen.
8. Fortschreitende Zentralisierung aller Aufgaben und Verantwortung in den Entwicklungsländern beim Staat. Dies verhindert wirtschaftsgerechte, föderalistische Entwicklung von unten (identisch mit dem «progressiveren» Begriff der «Basisgemeinden») unter Eigenverantwortung und Eigeninitiative.
9. Zunahme der staatswirtschaftlichen Hypotheken in der Dritten Welt, wie aufgeblähter Bürokratismus, Ineffizienz und Korruption.

10. Der von den Ideologen abgelehnte Ethnozentrismus mit Fremdbestimmung wurde von gleicher Seite mit dem «Politzentrismus» abgelöst, was noch viel umfassendere Fremdbestimmung beinhaltet (marxistische Befreiung).
11. Aufbau von unnötigen und oft parasitären regionalen Institutionen, die oft anstelle von wirtschaftsgerechten Aktivitäten ins Feld treten (z. B. ICIMOD in Nepal durch die DEH).
12. Vernachlässigung der Landwirtschaft in den Fünfjahres- und Entwicklungsplänen der Entwicklungsländer.
13. Keine Anreizpreise für die Bauern: Eine Agrarpolitik in den Entwicklungsländern, welche die Bauern durch schlechten Verdienst und ungerechte Landbesitzverteilung diskriminiert.
14. Eine Entwicklungshilfe der Geber, welche den Bauern an der Basis ebenfalls nicht förderlich ist (Subvention der Produktionsmittel anstelle der Anreizpreise).
15. Verwendung der westlichen Getreideüberschüsse nicht nur in der Katastrophenhilfe, sondern als äusserst teure und kontraproduktive institutionalisierte Dauerhilfe.
16. Die Projekte sind nicht wirtschaftsgerecht konzipiert.
17. Falsch verstandener Partnerschaftsbegriff verhindert in den Projekten die Kontrolle über die Verwendung der Projektfinanzen.
18. Inkompetentes Kader in den Zentren, ungeeignete Experten und Entwicklungshelfer in den Projekten («Political Appointees»).
19. Inflation des Entwicklungsberufes schafft ein Tummelfeld für Dilettanten.
20. Zu viele Projekte (namentlich grössere technische Vorhaben) der öffentlichen Entwicklungshilfe werden durch inkompetente staatliche Institutionen oder durch ebensolche Hilfswerke durchgeführt, anstatt solche Aufträge privaten Unternehmen zu übergeben.
21. Kein Feedback: Man lernt nicht aus Erfahrung, da man in der Entwicklungshilfe nicht oder kaum unter Erfolgszwang steht; die Steuergelder fließen automatisch.
22. Die generelle Ablehnung externer Erfolgskontrollen erlaubt nach Belieben, Potemkinsche Dörfer zu demonstrieren.

Falsche Erwartungen an die Entwicklungshilfe

Die Erwartungen an die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe waren anfänglich viel zu hoch gestellt – man sprach vom «Schliessen der Lücke».

Noch 1974 wurde von der Welternährungs-konferenz der UNO die «Ausrot-tung des Hungers» bis Mitte der achtzi-ger Jahre versprochen. – Die UNICEF versprach bis zum Jahr 1990 (sauberes Trinkwasser für alle). – An der vielge-rühmten WHO-Globalkonferenz 1978 in Alma Ata wurde «Gesundheit für alle im Jahr 2000» propagiert.

Man glaubte auch viel zu lange (und die Brandt-Kommission glaubt es heute noch), dass Entwicklung vor allem eine Geldfrage sei. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang der Marshall-plan erwähnt. Man vergisst aber, dass beispielsweise die gleiche Pro-Kopf-Marshall-Injektion in Deutschland und in Sizilien völlig verschiedene Resultate zeigen würde. Beim deutschen Wieder-aufbau handelte es sich doch nicht um eine Entwicklung aus dem Mittelalter, sondern um die Wiederherstellung ei-nes vorherigen Zustandes. Das deut-sche Volk war trotz zerstörter Infrastruk-tur und ruiniertes Wirtschaft nicht ein «unterentwickeltes» Volk!

Die Forderung nach einem Marshallplan für die Dritte Welt kann daher kaum anders als töricht bezeichnet werden.

Es ist durchaus legitim und auch gerechtfertigt, wenn die schweizerische Entwicklungshilfe sich auf die ärmsten Gebiete und ärmsten Bevölkerungs-schichten ausrichtet. Nur darf man dann aber nicht zu grosse Erwartungen in deren Wirkung setzen oder daraus gar eine «Überlebensfrage» für die Dritte Welt ableiten. Noch kein Land wurde wirtschaftlich auf die Beine gestellt durch Vorzugsbehandlung der ärmsten Regionen. Was wäre mit der Schweiz geschehen, hätte man die Entwicklung auf die (unterprivilegierten) Berggebiete konzentriert? Was wäre in unserer damaligen Notlage passiert, wenn man den Plan Wahlen ausschliesslich auf die kargen Bergregionen ausgerichtet hät-te? (Wir befanden uns damals in einer ähnlichen Situation wie die Dritte Welt heute, wenn auch unter anderen Vor-aussetzungen.)

Fragwürdige Theorien

Im Gegensatz zum pragmatischen Vor-gehen in der Schweiz für die Entwick-lung der ländlichen Räume, wie es von Professor Dr. H. Grubinger geschildert worden ist, wurde und ist das interna-tionale Feld von *Theorien* beherrscht. Die UNO postulierte Entwicklungs-Jahr-zehnte mit spezifischen Strategien und sektoriellen Schwerpunkten. Andere Entwicklungsstrategien kamen und gin-gen; entwicklungs-ideologische, zum Teil sich widersprechende Theorien und Forderungen (beispielsweise «Abkopp-lung» und «Neue Weltwirtschaftsord-nung») beherrschten jahrzehntelang die Debatten der Entwicklungs-ideologen. *Entwicklungsmodelle* erlebten euphori-

schen propagandistischen Aufschwung und gerieten nach wenigen Jahren wieder in Vergessenheit, so sehr in der Tat, dass nicht einmal die Lehren aus misslungenen Projekten gezogen wur-den.

Entwicklungs-ideologische «Gurus» be-herrschten die Diskussion für lange Zeit – um später wieder abzutreten. So ist z. B. Gunnar Myrdal nun zum erstaunli-chen Schluss gekommen, alle Entwick-lungshilfe sei umsonst, und er befür-wortet jetzt nur noch Katastrophenhilfe. Von ihm stammt auch der Ausdruck «unterprivilegierte» und «privilegierte» Schichten, welche später in «schuldlos unterprivilegiert» und «schuldlos privile-giert» (selbstredend durch «Ausbeu-tung») umfunktionierte worden sind. (Diese Theorie könnte auch auf die Zentrums-Peripherie-Relation schweizerisches Mittelland – Berggebiete ange-wendet werden, wonach die «ausbeute-rischen» Zürcher an der Armut des Kantons Uri schuldig seien.) Der simpli-fizierende beliebte Spruch «Unterent-wicklung ist die Kehrseite der Überent-wicklung» entstammt dem gleichen simplifizierenden Gedankengut.

Die von den Entwicklungs-ideologen postulierte regionale, ethnische und sozioökonomische *Chancengleichheit* (ein nebulöses Rousseau-Bild) führte ebenfalls zu völlig falschen Erwartun-gen. Man glaubte beispielsweise, das Entwicklungsmodell China liesse sich beliebig nachvollziehen (z. B. in Tansa-nia), und vergass, dass es zum chinesi-schen Entwicklungsmodell eben Chinesen braucht. In diesem Zusammenhang könnte man beispielsweise auch speku-lieren, wie sich ein völliger Austausch der Bevölkerung zwischen Taiwan und Haiti auswirken würde. (Dies ist absolut kein Werturteil, sondern nur eine Fest-stellung).

Desinformation

Die meisten Gebiete der Erde können die Verdoppelung der Bevölkerung in 20–30 Jahren einfach nicht verkraften, weder wirtschaftlich (Arbeitsplätze und Verdienst) noch ökologisch. Auch die Landflucht und das stets zunehmende Heer der landlosen Landarbeiter hän-gen schliesslich mit der Bevölkerungsex-plosion zusammen. Die in *Nepal* beispielsweise heraufziehende *ökologi-sche Katastrophe* wird ausschliesslich durch die *Bevölkerungsexplosion* verur-sacht.

In der Schrift «Entwicklungsland Welt – Entwicklungsland Schweiz» (1975) von den Hilfswerken herausgegeben und Auslöser der sog. «neuen Entwick-lungspolitik») wird die Bevölkerungsex-plosion nicht einmal erwähnt. In der Tonbil-dschau eines schweizerischen Hilfswer-kes zum Thema Hunger wurde 1981 noch folgendes postuliert:

«Die oft gehörte Behauptung, Hunger sei eine Folge der Übervölkerung, ist falsch. Es ist genug zu essen da für alle.»

In der gegenwärtigen grossen Kampa-gne der Schulstelle Dritte Welt der Suisse romande ist in Wanderausstel-lungen und «Dossiers» über das Thema Hunger von allem möglichen die Rede, vor allem von westlichen Sündenbö-cken; aber der enorme Bevölkerungszu-wachs in der Dritten Welt ist überhaupt kein Faktor im Problem Hunger.

«Das Vieh der Reichen frisst das Brot der Armen» ist ein Spruch, der – ob-schon längst widerlegt – immer wieder von den Entwicklungs-ideologen herum-geboten wird nach dem Rezept: Man muss eine falsche Aussage nur stets wiederholen, dann glaubt man sie schliesslich doch. Und einer, der die gleiche falsche Aussage beharrlich wiederholt, wird schliesslich zum «Ex-perten» der Entwicklungshilfe. Tatsache ist: Der Anteil der Dritten Welt am Getreidehandel der Welt beträgt nur 0,6%, und der grösste Teil davon wurde von importierenden Entwicklungs-ländern absorbiert.

Solche Beispiele könnten beliebig an-einandergereiht werden. Desinforma-tion ist aber nicht nur an sich verwerf-lich und führt zu Volksverdummung, sondern auch zu falscher oder mangel-hafter Darstellung der Ursachen der Armut und Not in der Dritten Welt und damit zu falschen oder gar kontrapro-duktiven Massnahmen.

Inflation des Entwicklungsberufes

Tätigkeit in der Dritten Welt verlangt solides berufliches Können, einen deut-lichen Wissensvorsprung mit gleichzei-tigem Wissensdurst und Drang zum Lernen; ferner Aufgeschlossenheit, Aus-geglichenheit auch gegenüber Enttäu-schungen und vor allem den Willen zu exzeptioneller Dienstleistung. Dies sind wir den Empfängern schuldig, denn immer mehr verlangen wir von ihnen auch Eigenleistungen. Vor allem ökolo-gische Projekte verlangen einen gewal-tigen Arbeitseinsatz von seiten der Empfänger.

Mit zunehmender Verpolitisierung des UNO-Systems finden jedoch mehr und mehr «political appointees» Eingang in die UNO-Organisationen, sowohl in den Zentralen als auch im Feld. In der Schweiz könnte man sinngemäss von «ideological appointees» sprechen.

Parellel dazu verläuft eine unheilvolle Inflation des Entwicklungsberufes. Viele Interessenten sehen in der Tätigkeit in der Dritten Welt eine Chance zur «Selbstfindung» und «Selbstverwirkli-chung». Nicht wenige junge Leute mit beruflichen oder sonstigen Schwierig-keiten glauben, in der Dritten Welt einen Ausweg zu finden. Diese Tendenz wird

noch gefördert durch gewisse Vorbereitungskurse, wie z. B. der DEH in Moghegno.

Ein ehemaliger helvetischer, entwicklungspolitischer Guru wertete im genannten Ausbildungskurs die Behandlung und Übung von (Interaktionsmodellen), von (themenzentrierter Interaktion), (Interkommunikationsfähigkeit) usw. speziell hoch und fand es besonders positiv, dass (Wissensvermittlung nur am Rande) verfolgt wird.

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Wissensvorsprung nur erreicht wird durch Wissensdurst und Lernen. Jedoch: Wissensvorsprung darf nicht mit (Besserwissen) verwechselt werden, im Gegenteil, dies schliesst sich sogar gegenseitig aus. Bekanntlich will ja der Besserwisser nichts dazulernen, weil er schon alles weiss. In dieser Hinsicht zeichnen sich nun besonders viele der sog. entwicklungspolitisch (Engagierten) aus. Ihre Besserwisserei hindert sie dazulernen, denn nach ihrer Ansicht haben sie dies gar nicht nötig, weil sie zum vorneherein wissen, dass der Kapitalismus, die Marktwirtschaft, die Multis, die Bankenkreise usw. die Armut in der Dritten Welt verursacht haben. Aus diesem Grunde können die Entwicklungsideologen auch mit Erfahrung (eigener und fremder) in der Dritten Welt nichts anfangen. Die einzige (Erfahrung), die sie anstreben, ist (Selbst-Erfahrung) im Sinne von Selbst-Verwirklichung. Die armen Opfer dieser Selbstverwirklichungstätigkeit, nämlich die armen Bauern, Arbeiter und Tagelöhner in der Dritten Welt, spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Für die Sekundarschulstufe konzipierte Rollen- und Planspiele dienen als (Ausbildung) für Entwicklungshelfer und fanden ihren Weg sogar in Kurse der DEH und in einen Nachdiplomkurs an der ETH. (Planspiele anstatt Plan of Operation) könnte man sagen. Wozu dies führt, hat das gescheiterte Entwicklungsmodell Peru gezeigt. Über dieses (weil antikapitalistisch und antimulti) schrieb ein grosses Hilfswerk 1971 euphorisch:

(Hier waren Offiziere an die Macht gekommen, die sich jahrelang in ihrer Kriegsakademie mit den sozialen und wirtschaftlichen Realitäten Perus beschäftigt hatten; die Planspiele gemacht hatten, wie der wirtschaftliche Niedergang des Landes aufzuhalten sei.)

Wichtiges Erfordernis für Entwicklungshelfer und Experten ist eine gute Kinderstube und jene Eigenschaft, die man mit ordentlich bezeichnet. Der altmodischen guten Kinderstube setzen die ideologisch (bewegten) Entwicklungshelfer oft arrogantes Benehmen gegenüber, in ihrem Vokabular (aufgeschlossenen kritisch) genannt. In Sachen (Ordnlichkeit) glauben sie, dies sei eine

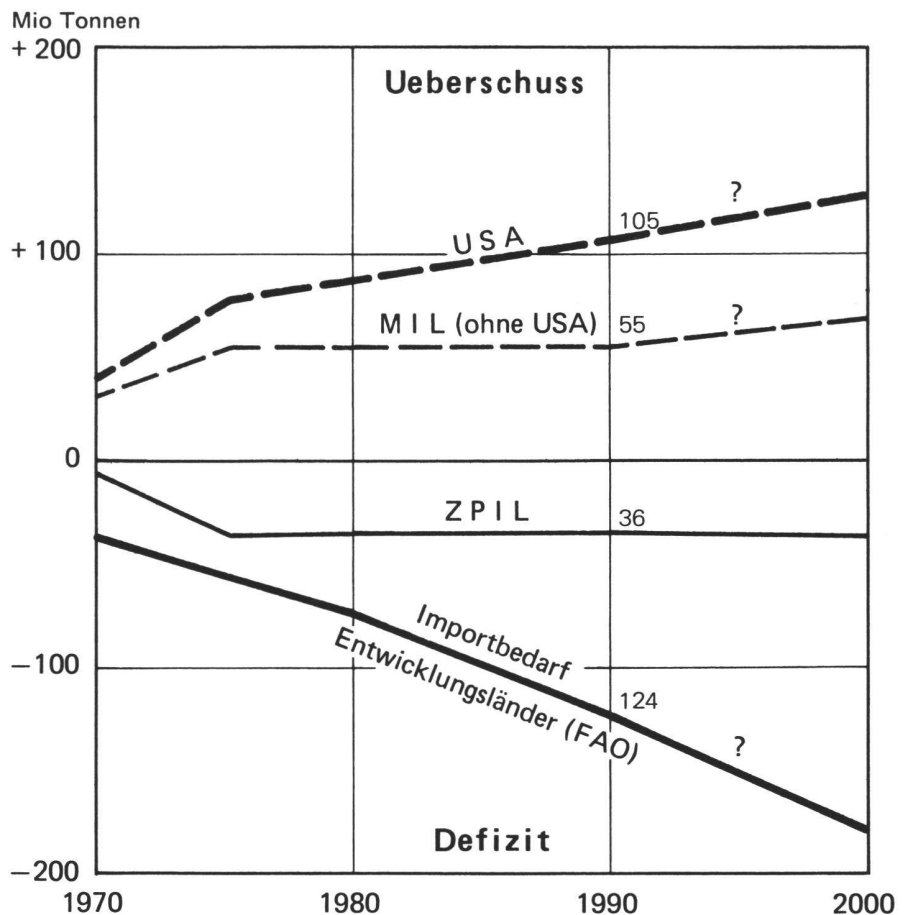
(verderbliche) Eigenschaft des Establishments, und mit Unordentlichkeit glauben sie, sich den primitiven Verhältnissen der Armen in der Dritten Welt anpassen zu können. Nichts ist irrümlicher als diese Einstellung, denn der arme Bauer und Arbeiter tritt dem Fremden stets ordentlich gegenüber und mit einer ausgesprochenen Würde. Die Inflation der Berufstätigkeit in der Entwicklungshilfe könnte wohl kaum drastischer illustriert werden als durch die Forderung des Internationalen Zivildienstes, Dienstverweigerer ohne angeforderte spezifische berufliche Qualifikationen in die Dritte Welt schicken zu können. Solange die Rekrutierung des Personals für die Entwicklungshilfe sowohl für die Zentralen als auch für die Feldtätigkeit nicht nach privatwirt-

schaftlich-unternehmerischen Kriterien erfolgt, wird die Wirkung der Entwicklungsgelder den Erwartungen nicht entsprechen.

Ausblick

Trotz grosser Investitionen in der Entwicklungshilfe sind die Resultate nach 30 Jahren enttäuschend. Kein einziges der von den Entwicklungsideologen postulierten sogenannten (Grundbedürfnisse) (Ernährung, Behausung, Bildung, Gesundheit) ist für die Völker der Dritten Welt gedeckt. Am schwersten wiegen die Probleme der Welternährung. Die anderen (Grundbedürfnisse) wie Alphabetisierung, Ausbildung und Gesundheit entsprechen unserer eigenen ethnozentrischen Prioritätsliste und fördern in vielen Ländern nur die

Getreideproduktion Ueberschüsse / Defizite in Mio Tonnen, 1970 - 2000



M I L Marktwirtschaftliche Industrieländer
Z P I L Zentralplanungs-Industrieländer (Ostblock)

Ueberschuss (USA + MIL) im Jahr 2000	196 Mio t
Bedarf (ZPIL + EL) im Jahr 2000	217 Mio t
Globales Defizit im Jahr 2000	23 Mio t

Abb.1

Quellen: Global 2000 / FAO

Landflucht. Auch die von den Schweiz. Hilfswerken gegenüber dem Internationalen Währungsfonds besserwisserlich und immer wieder angebrachte Kritik in bezug auf Abbau der Subventionen der Nahrungsmittelpreise für die arme Stadtbevölkerung beinhaltet eine bauernfeindliche Agrarpolitik und fördert ebenfalls die Landflucht. Mit dem beängstigend zunehmenden Anteil der Stadtbevölkerung in der Dritten Welt ist eine solche Entwicklungspolitik finanziell auf lange Sicht ohnehin nicht tragbar.

Das sich stets *vergrößernde Getreide-defizit der Entwicklungsländer* kann mit einer *Zeitbombe* verglichen werden. Noch bei der Entlassung aus der Kolonialherrschaft waren alle neugebackenen Nationen mindestens Selbstversorger, und nicht wenige erzielten sogar einen Überschuss an Grundnahrungsmitteln. Im Jahr 1970 jedoch betrug der Importbedarf (kommerzielle Importe und Nahrungsmittelhilfe) bereits 40 Mio. t. Dieser stieg 1980 auf 75 Mio. t jährlich, und 1990 werden es 130 Mio. t sein und bis 2000 gar über 180 Mio. t (Abb. 1).

Es wurden bisher kaum Massnahmen getroffen, die genannte Zeitbombe durch eine geeignete Agrarpolitik in der Dritten Welt, deren wichtigste Elemente Anreizpreise für die Bauern und gerechter Zugang zu den Ressourcen sein

müssten, zu verkleinern oder gar zu entschärfen. Mittels *kontraproduktiver Nahrungsmittelhilfe* (unsere Überschüsse) hat man statt dessen einfach jedes Jahr nicht nur die brennenden Zündschnüre verlängert, sondern sogar die Zeitbombe noch vergrössert.

Schon vor dem Jahr 2000 wird aber der von den westlichen Industrieländern prognostizierte Überschuss von 190 Mio. t Getreide den globalen Bedarf von über 200 Mio. t nicht mehr zu decken vermögen. (Die Überschuss-Prognose wird heute schon angezweifelt, da in den letzten Jahren auch in den USA die Bodenzerstörung beängstigende Ausmasse angenommen hat.) Spätestens bis zum Jahr 2000 werden also die Zündschnüre, mit welchen man die Explosion der Zeitbombe hinauszögern könnte, zur Neige gehen. Aber schon vorher wird sich die Frage stellen: Wer bezahlt die stets teurer werdende Mangelware Zündschnur? Lautstark wird im Rahmen der «Neuen Weltwirtschaftsordnung» stets eine Subvention der Exportprodukte der Entwicklungsländer gefordert (Verbesserung der «terms of trade»). Alle internationalen Organisationen fordern zwar die Verbesserung der «terms of trade» (Anreizpreise) für die Bauern der Dritten Welt – tun aber effektiv nichts. Einige der bilateralen Geldgeber fordern zwar Anreizpreise für die Bauern – tun

aber mit ihren Getreideüberschüssen das Gegenteil. Bei den Hilfswerken hat die Forderung nach gerechten Anreizpreisen nur einen sehr geringen Stellenwert (wenn überhaupt); zu viele Hilfswerke selbst leben von der wohltätigen Getreidehilfe. Und die Entwicklungs-ideologen schliesslich stehen den Anreizpreisen indifferent oder gar ablehnend gegenüber, da sie immer noch vom «neuen Menschen» träumen, welcher der «kapitalistischen Profitsucht» nicht erlegen sei. Wenn man von den bisherigen Investitionen (Schuldenberg von 810 Mia. \$ und jährliche Hilfe von 30 Mia. \$) nur einen sehr kleinen Teil zur Stützung von Anreizpreisen für die Bauern in der Dritten Welt verwendet hätte, so sähe heute die Situation wesentlich besser aus.

Die Entwicklung der Dritten Welt ist also keineswegs eine Geldfrage. Mehr öffentliche Entwicklungsgelder – gleich angewendet wie bis anhin – würden die bisherigen kontraproduktiven Wirkungen nur verstärken. Dies gilt noch in vermehrtem Masse für eine allfällige Rückführung der Fluchtgelder in die Dritte Welt, da man über deren Verwendung überhaupt keine Kontrolle hätte. Nur eine völlige Umkehr der bisherigen Entwicklungspolitik im Sinne einer bauernfreundlichen und umweltgerechten Agrarpolitik könnte die endgültige Hungerkatastrophe abwenden.

2. Teil: Standortbestimmung an Fallbeispielen Nepal

Schwerpunktsland schweizerischer Entwicklungshilfe

In Nepal begann die schweizerische E-Hilfe im Jahr 1950, und jenes Bergland hat sich zum Schwerpunktsland schweizerischer Entwicklungshilfe entwickelt, mit gesamten Investitionen von bisher ca. 70 Mio. SFr. Die Veränderungen, die in diesem Land nach 30 Jahren beträchtlicher internationaler Entwicklungshilfe stattgefunden haben, und die Lehren, die daraus zu ziehen sind, dürften daher besonders interessant sein.

Die Entwicklung in Nepal zwischen 1950 und heute

(1950 wurde das bisher verbotene Land für Entwicklungshilfe geöffnet.)

Bevölkerung:	1950 8 Mio.	1985 16 Mio.
Mittlere Lebens- erwartung bei Geburt	1953 26 Jahre	1980 40–50 Jahre

Kindersterblichkeit 1953 pro 1000 Geburten:	400	1980 250	
Epidemien: (Malaria, Pocken, Cholera)	1950 ca. 3 Mio. Malariafälle	1970 ausgerottet	1980 Malaria come back
Viehbestand: (jährl. Zunahme 3%)	1962 2,53 Mio.	1970 3,2 Mio.	
Waldbestand:	1950 ca. 6,4 Mio. ha	1982 ca. 3,2 Mio. ha	
Abholzung:	1982/83 ca. 160 000 ha (5% des Bestandes)		
Holznachwuchsdefizit			
1982:		7,5 Mio. t	
jährlicher Nachwuchs		2,5 Mio. t	
jährlicher Holzschlag		10 Mio. t	
Aufforstung:	1982 2500 ha		

Bodenerosion Karnali-Becken:

flächenmässige Abtragung: 1,7 mm pro Jahr

Mit Karnali-Schutt wäre der Zürichsee in 50 Jahren aufgefüllt.

Nutzland pro Kopf:	1961 $\frac{1}{3}$ ha	1986 $\frac{1}{5}$ ha
---------------------------	--------------------------	--------------------------

Abnahme der Hektareträge:

	1970	1980
Mais	1970 kg	1330 kg
Hirse	1210 kg	990 kg

Abnahme der Pro-Kopf-

Getreideproduktion:	1967	1979
Mittelland	177 kg	161 kg
Terai	504 kg	433 kg

Getreideproduktion: Überschuss/Defizit		
	1980	1990
	+40 000 t	-500 000 t
		2000
		-1 860 000 t

Landflucht

Mittelland:	1951	1981
saisonal und dauernd	3,6% der Bevölke- rung	12% der Bevölke- rung

Alphabetisierung:

1950

98% Analphabeten

1976 77% aller Knaben Primarschule

25% aller Mädchen Primarschule

Erdölpreissteigerung beanspruchte

1975 $\frac{1}{4}$ des jährlichen Entwicklungsbudgets

Hydroelektrisches Potential

Nepal: 83 000 MW
bis 1983 installiert 140 MW
geplantes Karnali-Projekt 1 593 MW
(2 Laufwerke, 1 Stauee)

Totale Verarmung der Bergbevölkerung

Während im Jahr 1950 die Bauern des Mittellandes ($\frac{1}{5}$ der Bevölkerung) noch einen leichten Überschuss an Grundnahrungsmitteln produzierten (den sie hauptsächlich gegen Salz aus Indien und Tibet eintauschten), kann der nepalische Bauer heute nur noch rund $\frac{2}{3}$ seines Bedarfs decken, d.h. für acht Monate im Jahr. Für die restlichen vier Monate muss er sich als Tagelöhner zu Hungerlöhnen in die Hauptstadt, in den Terai (Tiefland) oder nach Indien verdingen. Dies führt natürlich zu einer dramatischen Verarmung der ländlichen Bevölkerung und zu einer exzessiven Landflucht.

Ländliche Energiekrise

Mit einem jährlichen Holzschlag von rund 10 Mio. t, aber Zuwachs von nur 2,7 Mio. t, geht Nepal einer dramatischen ländlichen Energiekrise entgegen. Dieser Problemkreis eröffnet natürlich ein weites Feld für die Ideologen der angepassten Technologien. Jahrzehntlang wurde Propaganda betrieben für alternative erneuerbare Energieressourcen, wie Kleinkraftwerke, Solarenergie, Biogas usw. Aber ein Seminar im Mai 1981 bestätigte nur, was man schon lange wusste: Alle alternativen Energieressourcen sollen zwar gefördert werden, aber sie lösen das Energieproblem für die Bauern nicht. Die Lösung liegt einzig und allein in *Biomasse*.

Soll die Energie von nur wenigen Mio. t Holz ersetzt werden, z.B. durch Kleinkraftwerke, durch Solaranlagen, durch elektrovoltaische Stromerzeugung, so kostete dies bis zum tausendfachen Betrag des Entwicklungsbudgets eines ganzen Fünfjahresplanes. Auch für Biogasanlagen sind die Möglichkeiten beschränkt, erreichen sie doch den optimalen Wirkungsgrad bei einer Temperatur von 31°, während bei einer Temperatur von 13° (Durchschnitt im Mittelland) der Wirkungsgrad auf die Hälfte sinkt. Zudem braucht es in Nepal fünf Kühe, um eine Biogasanlage zu betreiben; aber 80% der nepalischen Bauern besitzen im Durchschnitt nur drei Kühe.

Falsche Entwicklungspolitik

Die heutige Situation in Nepal muss als beängstigend bezeichnet werden. Die ökologische Katastrophe zufolge Bevölkerungsexplosion und falscher (bauernfeindlicher) Entwicklungspolitik der Regierung und ebenso grossenteils falscher Entwicklungshilfe von seiten der Geber hat dort schon begonnen.

In den fünfziger Jahren wurde das Mittelland (wo damals $\frac{4}{5}$ der Bevölkerung lebten) vernachlässigt zugunsten des Tieflandes. Als die Entwicklung im Mittelland endlich einsetzte (Ende der sechziger Jahre), wurde die Landwirtschaft zugunsten des Transportwesens arg vernachlässigt. Im 3. Fünfjahresplan (1966–70) erreichten die Investitionen für den Strassenbau mit 49% des gesamten E-Budgets ihre Kulmination. Seither hat die Regierung glücklicherweise die Prioritäten verlagert, doch wird sich kaum mehr verhindern lassen, dass Nepal als Ganzes gegenwärtig vom bisherigen Getreideexportland zum *Defizitland* wird, mit einem jährlichen Getreideimportbedarf, der sich bis zum Jahr 2000 auf über 1,8 Mio. t steigern wird (Abb. 2).

Die *Schweiz* ist mit ihrem *Strassenbau* (Lamosangu-Jiri) noch als letzter Geber auf denjenigen Zug aufgesprungen, der in falscher Richtung abgefahren ist. Trotz Investitionen von bisher 47 Mio. Franken (davon 34 Mio. für Strassenbau) konnte in Integrated Hill Development Project der Beweis für eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion um 50%, die zur Selbstversorgung

nötig wäre, nicht erbracht werden. (Man spricht von einer erreichten Steigerung von nur etwa 20%)

Schon beim Bau der Strasse wurden die Food-for-Work-Rationen (importierter Weizen) zu weniger als dem halben Preis gehandelt, den ein Bauer für seine eigenen Produkte hätte erhalten sollen. Die Anwendung von Food-for-Work-Programmen hat damit dem Hauptziel des Projektes, nämlich der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, geradezu entgegengewirkt. Auch der durch die Strasse erleichterte Import von billigen Konsumgütern (Haushaltutensilien, Stoffe) gibt dem lokalen Handwerk kaum eine Überlebenschance. Wenn nicht die lokale Nahrungsmittelproduktion und die Kaufkraft bei den Bauern durch Anreizpreise ihrer Produkte gesteigert werden können, wird die Strasse für das Projektgebiet wirtschaftswidrig und damit *entwicklungsfreundlich* wirken.

Kürzlich hat sich die Schweiz abermals zu *falscher Entwicklungshilfe* entschlossen – zu einer Entwicklungshilfe, die überdies das Schweiz. Entwicklungshilfefgesetz verletzt –, nämlich mit einer Beteiligung von 1 Mio. SFr. am Center for Integrated Mountain Development (ICIMOD) in Katmandu. Darin sind Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, China, Indien, Nepal und Pakistan beteiligt, also Staaten, die topographisch und klimatisch recht wenig miteinander zu tun haben. Der Grundvertrag für ICIMOD wurde zwischen UNESCO und Nepal ausgehandelt; die zahlende

Nepal: Getreideproduktion 1980–2000 Überschuss/Defizit zwischen Nettoproduktion und Bedarf, in 1000 Tonnen

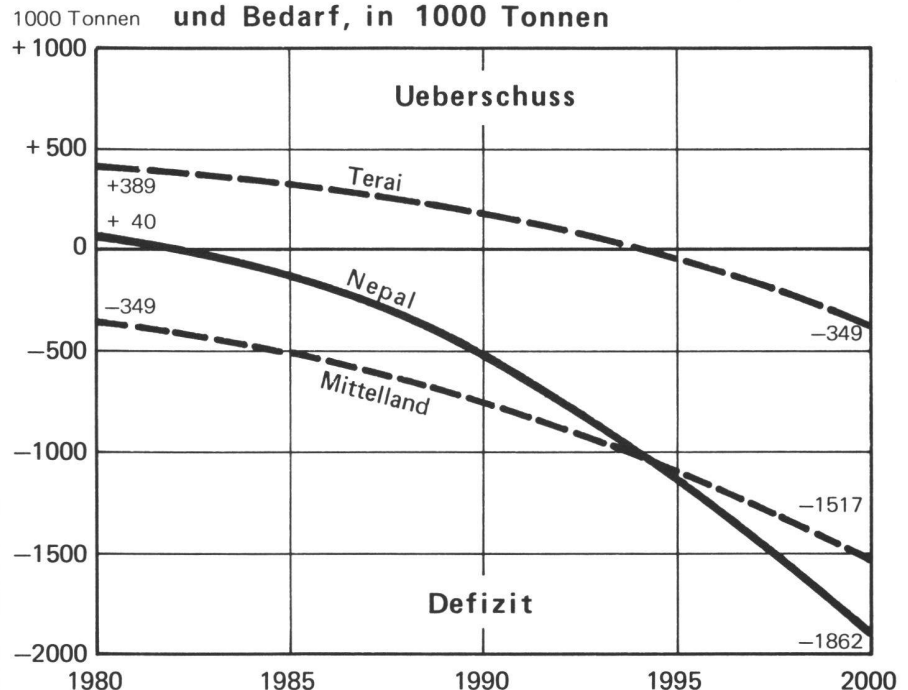


Abb. 2

Schweiz wird kaum irgendwelche Kontrolle über die Verwendung der Gelder ausüben können. (Die Unterzeichnung des Vertrages im Dezember 1983 deckte sich zeitlich fast mit dem Austritt der USA aus der UNESCO.)

Dem Projekt wurde von seiten der DEH in allen Medien grosse Vorschusslorbeeren gezollt (ähnlich wie früher bei der angepassten Energiegewinnung in Nepal). Man kann jetzt schon ohne jedes Risiko voraussagen: Eine Bilanz nach zehn Jahren wird zeigen, dass dieses Institut ausser Entwicklungs- und Seminartourismus und Papiere nichts gebracht hat, als was man schon lange wusste.

Entwicklungshilfe soll zwar auch, aber keineswegs in erster Linie, auf den Nutzen für die Schweiz ausgerichtet sein. Wenn aber schweizerische Institutionen (z.B. Abteilung Génie Rural an der ETH Lausanne oder das Institut für Kulturtechnik an der ETH Zürich) Projekte besser durchführen und betreuen könnten als ein künstliches, unüberschaubares und unkontrollierbares internationales Gebilde, dann sollte der Schweizer Steuerzahler erwarten dürfen, dass seine Gelder entsprechend verausgabt werden.

Bauernfeindliche Entwicklungspolitik in Haiti

Haiti gilt als das Armenhaus des amerikanischen Kontinents. Auf einer Fläche von 28 000 km² leben 5,8 Mio. Einwohner. Mit mittleren Jahrestemperaturen zwischen 27 und 33° und mittleren Regenmengen zwischen 1100 und 1400 mm (in zwei Regenzeiten) könnte das Land bei zweckmässiger Nutzung das Doppelte oder Dreifache seiner Bevölkerung ernähren. Dass indessen die Getreideeinfuhr zwischen 1974 und 1982 von 40 000 t auf über 200 000 t zugenommen hat, ist allein einer völlig verfehlten, *bauernfeindlichen Entwicklungspolitik* zuzuschreiben und einer ebenso völlig verfehlten Hilfspolitik von seiten der USA und der EWG:

Der lokale Markt wird mit billigen importierten Nahrungsmitteln derart überschwemmt, dass die lokalen Produkte (Mais) überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Viele ausgezeichnete ländliche Entwicklungsprojekte, namentlich kirchlicher Hilfswerke und von Missionen, sind durch die Konkurrenz billigen importierten Weizens und von Weizenmehl schliesslich paralysiert worden. «Ça ne vaut plus la peine», sagen die Bauern resigniert. Ausserdem bringen Weissmehl und Weissbrot neue Ernährungsgewohnheiten. Das statusträchtige Weissbrot verdrängt die traditionellen nutritionell viel wertvolleren Tortillas.

Das Schlimmste sind aber die *ökologischen Folgen* dieser verfehlten Politik. Für den Bauern ist der Boden sein Kapital, aus dem er mittels Produktion Zins ziehen soll. Wenn es sich nicht mehr lohnt zu produzieren, dann verliert auch das Kapital für ihn seinen Wert. Er hat keinen Grund mehr, ihm Sorge zu tragen und ihn durch arbeitsaufwendige ökologische Massnahmen vor Schäden zu schützen. Er beginnt, sein sonst unnützes Kapital aufzubreuchen mittels Brandrodung und Wanderhackbau. Die einzige «einträgliche» Bodennutzung bleibt für ihn die Herstellung von Holzkohle, die ihm einen stolzen Taglohn von bis zu 7 \$ erbringt.

Dies wiederum ist die Endstufe jeglicher Landnutzung. Was bleibt, sind erodierte Böden an den Hängen und regelmässige Überschwemmungen in den fruchtbaren Talböden.

Im Hungerland Haiti liegen heute schätzungsweise mehr als 50% des Nutzlandes brach, weil sich der Anbau nicht mehr lohnt – mit gleichzeitiger Abnahme der Hektarerträge (20%), der absoluten Getreideernte (26%) und der Pro-Kopf-Getreideernte (31%) zwischen 1970 und 1980 und einer Zunahme der Getreideeinfuhr um 400% im gleichen Zeitraum.

Merkwürdigerweise erwähnen ein grosses schweizerisches Hilfswerk und die Deutsche Welthungerhilfe in ihrem ausführlichen Dokumentationsmaterial über Haiti (samt Hungertuch) die fatalen Wirkungen der Nahrungsmittelhilfe mit ihren Dumpingpreisen überhaupt nicht. Man glaubt, das Los der Bauern mit landwirtschaftlicher Ausbildung, mit Bewässerungsanlagen, mit Getreidelagergenossenschaften, mit dörflichen Getreidemöhlen, mit Alphabetisierung und mit Lehrwerkstätten usw. verbessern zu können. Verbirgt sich hinter einer solchen Politik nicht die Einstellung, die Bauern für dumm zu halten?

Fallbeispiel Madagaskar

Bauernfeindliche Entwicklungspolitik

Madagaskar wird von grossen schweizerischen Hilfswerken als «Muster am Ende der Welt» gepriesen; «Madagaskars Weg entspricht insgesamt Vorschlägen, die auf eine teilweise Loslösung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt (der sie benachteiligt) und vermehrtes Abstellen auf eigene Kräfte zielen», heisst es in einer Broschüre eines Hilfswerkes.

Die Tatsachen sind die folgenden: Vor der «Befreiung» von 1972 war Madagaskar ein Reisexporteur. Jedoch schon 1973 erreichte das Reisdefizit 65 000 t, und 1983 musste das Land 235 000 t Reis einführen und legte dafür bei einem Preis von 375 \$/t rund 88 Mio.

Dollar aus. Der Grund für diese verhängnisvolle Entwicklung liegt

1. In der Abschaffung der Steuer in Reis («als Relikt der kolonialen Ausbeutung»). Dadurch produzierten die Bauern keinen Überschuss mehr;
2. In der Vermarktung durch eine ineffiziente staatliche Gesellschaft, mit Bezahlung an die Bauern durch Bons anstelle von Bargeld unmittelbar bei Ablieferung; grosse Nachernteverluste;
3. Im staatlichen Monopol der Herstellung von Pflügen und anderer landwirtschaftlicher Geräte; Verbot der Herstellung durch lokale Dorfschmiede; Ineffizienz, Bürokratie und Korruption führen zu grossem Mangel an Pflügen.

Die letztere Massnahme brachte vier sehr erfolgreiche FAO-Projekte, die auf Einführung des Tierzuges für Feldbearbeitung und lokaler Herstellung von Pflügen sowie anderer landwirtschaftlicher Geräte und besserer Landbautechnik basierten, vollständig zum Erliegen. Die bauernfeindliche Entwicklungspolitik der Regierung wurde durch bauernfeindliche Hilfe u.a. von seiten der Schweiz noch wirksam unterstützt: Ein Kredit von 10 Mio. Sfr. zur Stärkung der staatlichen Pflugfabrik wurde im Jahr 1980 gesprochen und ein weiterer Finanzhilfekredit (Geschenk) Anfang 1984 von 10 Mio. Franken, um «die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern und um die bestehenden Produktionskapazitäten für die handwerkliche und industrielle Verarbeitung lokaler Rohstoffe besser auszunützen».

Als Begründung wurde die schwere Wirtschaftskrise erwähnt, welche das Land heimsucht (und völlig hausgemacht ist). 1983 verpflichtete sich die DEH mit Fr. 1 270 000.– für ein Forschungsprogramm zur Bekämpfung von Reisschädlingen. – Die Schuld am Reisdefizit seit der Befreiung schreibt die DEH den Reisschädlingen zu.

Kostenlose Entwicklungshilfe

Gegenwärtig arbeitet Ciba-Geigy im Auftrag der Regierung an einem Pflanzenschutzprojekt, durch das ein Mehretrag von 17 000 t Reis erreicht werden soll. Dies ist ein wirklicher Beitrag an die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, mit einer gleichzeitigen Deviseneinsparung von 6,4 Mio. \$ für die Regierung – und ohne dass dies den Schweizer Steuerzahler einen einzigen Franken kostet.

Ein ökologisches Musterprojekt

Bei Sampona, im Südzipfel von Madagaskar, dem kargsten und ärmsten Gebiet des Landes mit jährlichen Niederschlägen von nur 500 mm und mit Winden, welche die Maniok- und Kartoffelblätter (Hauptnahrungsmittel) so

beschädigten, dass die Ernte im Durchschnitt nur etwa 50% erreichte von dem, was unter gleichen Bedingungen ohne Wind erzielt werden könnte, wurden in einem FAO-Projekt von 1966 bis 1972 mit einer Fremdfinanzierung von 450 000 US\$ folgende Resultate erzielt:

- Ein Perimeter von 5000 ha mit 280 km Windschutzhecken und Baumalleen versehen;
- Im gleichen Perimeter eine Güterzusammenlegung vorgenommen, um die Güterwege und Baumalleen auf den Grenzen erstellen zu können;
- Innerhalb des Perimeters wurde auf 3200 ha verbesserter Landbau eingeführt mit geeigneter Fruchtfolge (Maniok/Kartoffeln - Arachide - Bohnen);
- Durch Einführung der Feldbearbeitung mit Ochsenzug konnte der Bauer mit gleichem Arbeitsaufwand 5 ha bearbeiten anstatt wie bisher nur 1 ha;
- Herstellung von Pflügen, Eggen und anderem Gerät durch im Projekt ausgebildete Dorfschmiede; Nachschub und Reparaturdienst klappten mustergültig;
- Das jährliche Einkommen der Bauern konnte von 180 US\$ auf 360 \$ verdoppelt werden;
- Die Produktion wurde gesteigert durch:

- Ausdehnung der Anbaufläche	50%
- Fruchtfolge, verbesserter Landbau	30%
- Windschutzhecken	20%
	100%

Durch Verstaatlichung der Pflugfabrikation (1972) wurde die Wirkung dieses Projektes stark beeinträchtigt und der Nachvollzug in benachbarten Gebieten (Multiplikationsfaktor) verunmöglicht.

Zu viel Geld im ärmsten Gebiet wirkt kontraproduktiv

Ermuntert durch das vorbeschriebene sehr erfolgreiche Projekt von Sampona, versuchte die Regierung und UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen), daraus ein grosses Projekt zu konzipieren. Diese Idee entsprach auch den schon damals beliebt werdenden Grundsätzen von Entwicklung der ärmsten Regionen und von gleichmässiger Entwicklung, «à harmoniser le niveau de développement de l'ensemble du pays», wie es im Plan d'Opération hiess. Anstatt nun das erfolgreiche Pionierprojekt einfach in benachbarten Zonen nachzuvollziehen, wurde ein staatszentralistisches FAO-Monsterprojekt von 7,175 Mio. US\$ (60% des UNDP-Landesbudgets) auf die Beine gestellt mit vertikaler Superstruktur, in welcher das Projekthauptquartier 8 FAO-Experten und 134 lokale Angestellte zählte

(Kosten rund 4 Mio. \$) und das Feldpersonal sich aus 13 ausländischen freiwilligen Berufsleuten und 179 staatlichen Funktionären zusammensetzte, die rund 1 Mio. \$ des Budgets absorbierten (eine ähnlich schwerfällige und ineffiziente Struktur wie im vorbeschriebenen von der Schweiz finanzierten Integrated Hill Development-Projekt [IHDP] in Nepal mit 220 Regierungsfunktionären).

Lehre:

Mit zu viel Geldmitteln wurde der Misserfolg des Projektes sozusagen einprogrammiert.

Die Not in Afrika

Dürre oder ökologische Dauerschäden?

Gegenwärtig sind die Medien wieder voll von Hiobsmeldungen über Dürre und Hungersnot, wie z. B. «In Afrika bahnt sich die grösste Hungerkatastrophe aller Zeiten an». Jedoch wiederholen sich die Dürresituationen im Sahel in regelmässigen Abständen. Bekannt sind noch die Dürren von 1972 oder von 1977. Aber schon vorher gab es Dürren im Sahel, nur wirkten sie sich damals weniger schlimm aus, denn es gab vor der Bevölkerungsexplosion weniger Betroffene. Vor allem aber konnte früher nicht jeder Bürger in Europa die verdorrten Bäume, die Tierkadaver und die hungernden Menschen in seiner Stube am Bildschirm sehen.

Dramatische langfristige Ernährungssituation in Afrika

Am Ende der Kolonialzeit waren die meisten Entwicklungsländer Selbstversorger, und nicht wenige produzierten sogar einen Überschuss an Grundnahrungsmitteln. Schon 1961/65 betrug die Pro-Kopf-Getreideproduktion in Afrika nur 180 kg, lag also rund ¼ unter der von der FAO festgelegten erforderlichen Minimalproduktion von brutto 230 kg. Bis zum Jahr 1990 wird sie auf noch 144 kg abgenommen haben. Im Sahel steht einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 2,5% zwischen 1960 und 1980 eine Zunahme der Getreideproduktion um nur 1% gegenüber. Früher hatten die Bauern im allgemeinen genügend Vorräte, sowohl an Hirse wie an Tieren, um ein Dürrejahr, ja bisweilen sogar zwei Jahre Ernteausfälle zu überleben. Erst seit der internationalen Hilfe, da importierte Grundnahrungsmittel billiger als die lokalen Produkte geworden und in Notzeiten an der Basis immer irgendwie vorhanden sind, wurde die Lagerhaltung aufgegeben.

Wenn man nun die langfristige Entwicklung seit 1960 mit den Dürrekatastrophen vergleicht, so sind die drei Dürre-

katastrophen seit 1972 nur kleine, unbedeutende Intermezzi im Gesamtgeschehen der Nahrungsmittelproduktion in Afrika, wie Abb. 3 zeigt. Da die Katastrophenhilfe der Dürren von 1973 und von 1977 fast ausschliesslich auf die Symptombekämpfung gerichtet war, blieb ihre Wirkung im gesamten eher kontraproduktiv, und für nicht wenige vorzügliche Entwicklungsprojekte bedeutete die ungezielte und unzureichende Katastrophenhilfe einen schweren Rückschlag. Chancen für wirkliche entwicklungspolitische Reformen wurden damals verpasst. *In nicht geringem Masse waren die Auswirkungen von übertriebener, nicht gezielter und falscher Nahrungsmittelhilfe bisweilen schädlicher als die Dürre selbst. Darüber hinaus ist die institutionalisierte Dauergetreidehilfe anstelle von bauernfreundlicher Agrarpolitik schlicht als katastrophal zu bezeichnen.*

Langfristige ökologische Verschlechterung

Die Behauptung, Klima und Niederschläge hätten sich im Sahel verschlechtert, ist durch die Statistik nicht belegt. Erwiesen aber ist der Vormarsch der Sahara nach Süden in den letzten hundert Jahren um 650 000 km². Gegenwärtig werden durch Überweidung, Übernutzung, Abholzung und ungeeignete Bebauung im Sahel jährlich 100 000 km² guter Böden degradiert oder gar zerstört. Jedes Jahr werden durch Wind- und Wassererosion im Sahel pro km² rund 2000 t guten Bodensubstrats weggetragen. Jedes Jahr wandert die Sahara rund 10 km nach Süden: Savannengebiete werden zur Wüste; noch vor 50 Jahren mit tropischem Urwald bedeckte Gebiete werden zur Savanne und Steppe (z. B. Nord-Togo). Im Nordteil von Obervolta, bei Dori, findet man baum- und vegetationslose Regionen, wo die Bauern erzählen, wie es ihnen als Kind verboten war, in die ihre Dörfer umschliessenden Urwälder zu treten wegen Löwen und anderer wilder Tiere.

Im ganzen Sahelgebiet sinken die Grundwasserspiegel seit etwa 12 Jahren stetig ab und haben Tiefen erreicht, die in vielen Gebieten durch Graben offener Schächte nicht mehr erreicht werden können. Immer tiefer muss auch gebohrt werden, um zum Wasser zu gelangen, was das ökologiefreundliche Schöpfen des Wassers mittels Kalebassen und Seilzug verunmöglicht und zur Installation von teuren, pannen-trächtigen und umweltschädigenden Motorpumpen führt (Übernutzung des Grundwassers, Anziehen von zu viel Vieh mit Wüstenbildung als Folge). Viel heute angezapftes Wasser brauchte 10 000 bis 20 000 Jahre zur Anreicherung, ist fossil und heute nicht mehr

Afrika: Bevölkerungszuwachs und Getreideproduktion

Netto-Getreideproduktion pro Kopf,
Stand der Bevölkerung,
absolute Getreideproduktion

1961/65 = Index 100

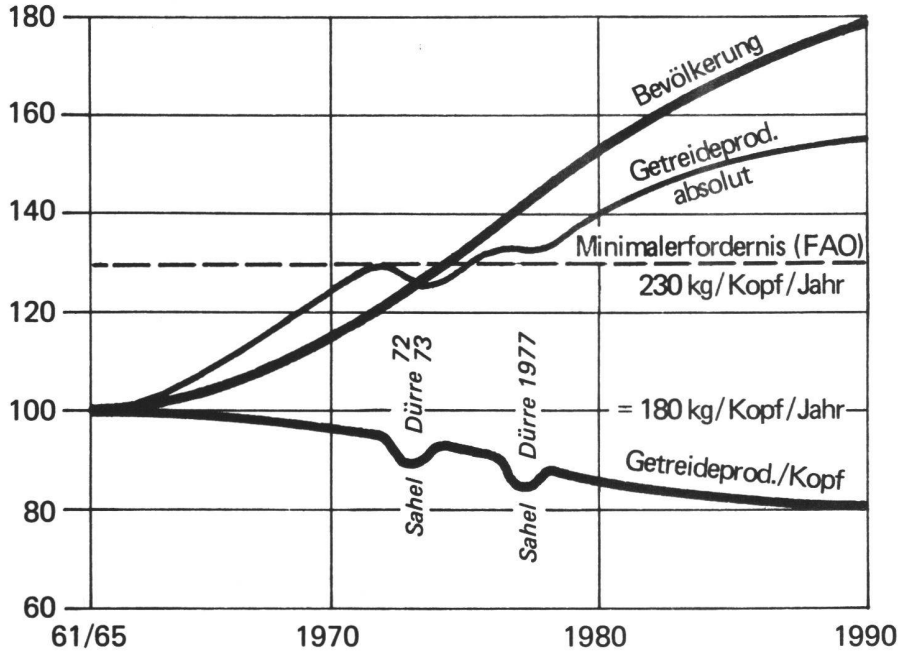


Abb. 3

Quelle: FAO / Global 2000

erneuerbar, so wenig wie Erdöl. Dabei ist festzuhalten, dass die Grundwasservorräte nicht deshalb abnehmen, weil es jedes Jahr generell weniger regnet, sondern wegen *Übernutzung der Grundwasserbrunnen* durch Mensch und Vieh (die sich in 30 Jahren verdoppelt haben), vor allem aber, weil das Oberflächenwasser wegen Bodenzerstörung und Bodenverkrustung so rasch abfließt, dass es keine Zeit hat, in den Boden bis zum Grundwasser einzudringen. Die für kurze Zeit reissenden Bäche zerstören noch mehr Land, wodurch der Teufelskreis abermals geschlossen ist.

Wüstenbildung und Überschwemmungen gehen Hand in Hand: Auf meiner Reise im Februar 1984 durch die Notgebiete im Nordteil von Obervolta war in den vielen Gesprächen mit Bauern fast mehr von Überschwemmungen die Rede als von Dürre. Dürren sind schon immer gekommen und gegangen; verheerende Überschwemmungen dagegen nehmen zu.

Degradierete Böden verursachen also die gleichen Symptome wie die Dürre oder wie langfristig generell abnehmende Niederschläge. In diesbezüglichen Untersuchungen bei Thies (Senegal) wurde eine Evaporationsrate von 400 mm pro Jahr gemessen und eine

Abflussrate (auf degradierten Böden) von rund 200 mm. Auf degradierten Böden werden also die Grundwasservorräte nur dann angereichert, wenn die jährlichen Regenmengen 600 mm und mehr betragen. Das Versprechen der UNICEF, nämlich «sauberes Trinkwasser für alle bis 1990», kann für grosse Teile der Sahelbevölkerung einfach nicht mehr eingelöst werden. Dabei vermöchte auf intakten Böden mit Humusschicht sogar eine jährliche Regenmenge von nur 400 mm eine bodendeckende Vegetation sowie bescheidene Nahrungsmittelproduktion hervorzubringen und erst noch die Grundwasservorräte zu erneuern.

Verfehlte Agrarpolitik

Bodennutzung für die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln ist hoffnungslos unterlegen gegenüber den (von den Regierungen festgesetzten) niedrigen Preisen. Getreideproduktion lohnt sich für den Bauern einfach nicht. Auch im Vergleich mit den von den Regierungen festgesetzten Tagelöhnen für ungelernete Arbeiter wird der Bauer diskriminiert. Er erhält auf Taglohn umgerechnet nur etwa ein Drittel bis zur Hälfte des Tagelöhners.

Es gibt in der Welt nur wenige Länder, deren Regierungen begriffen haben,

was eine bauernfreundliche und nahrungsmittelproduktionsfördernde Politik ist. In ganz Afrika hat einzig die *Republik Niger Anreizpreise* für die Bauern eingeführt, und zwar garantiert vor der Aussaat und in bar bezahlt nach der Ernte. Trotz der gegenwärtig sich anbahnenden «grössten Hungerkatastrophe aller Zeiten» sind *alle Getreidespeicher in Niger voll*, und die benachbarten Hungerländer Obervolta, Mali und Tschad beileben sich, sich dort einzudecken. (Dabei hat Niger, da am Rande der Sahara gelegen, noch weniger Niederschläge als die drei anderen genannten Staaten.)

Viel Brachland trotz Hunger

Es wird geschätzt, dass in ganz Afrika etwa 50% des gesamten Nutzlandes brach liegt. Diese Brache ist aber verschieden von den früher üblichen Brachen, wo man das Land sich erholen liess. Das heutige Brachland in Afrika wird nur darum nicht genutzt für die Grundnahrungsmittelproduktion, weil es sich nicht lohnt; Überweidung und Abholzung und damit Bodenzerstörung finden aber trotzdem statt. *Holzgewinnung und Holzkohlenproduktion* sind heute in weiten Teilen Afrikas die *einzig einträgliche «Bodennutzung»* (letzte Bodennutzung vor dem Ende, d. h. bevor der Boden überhaupt nichts mehr bringt).

Zu treffende Massnahmen

Umweltgerechte Bodennutzung ist der beste Erosionsschutz. Dazu gehören:

- Terrassierung (an Hängen)
- Bau von kleinen, 15–20 cm hohen Stein- und Erddämmen (Diguettes) in Gebieten mit geringem Gefälle
- Einfassung der Felder durch kleine Dämme wie oben (Casiers) in flachem Gelände
- Anlage von Windschutzhecken entlang der kleinen Dämme
- Aufgabe des Wanderhackbaus
- Kompostierung und Verwendung des Mistes zur Bodenverbesserung
- Unterpflügen von organischem Material
- Geeignete, bodenverbessernde Fruchtfolgen
- Brachen zur Erholung des Bodens, ohne dass er während einer ganzen Trockenzeit der versengenden Sonne ausgesetzt ist
- Schutz des Brachlandes vor Vieh
- Unterdrückung von Buschfeuern
- Eindämmung des unkontrollierten Holzschlages für die Städte und zur Holzkohlengewinnung
- Einführung von holzsparenden Kochherden (billiger Eigenbau).

Alle diese Massnahmen sind natürlich sehr arbeitsintensiv. Sie erfordern vom Bauern gegenüber der bisherigen landwirtschaftlichen Arbeit einen Mehraufwand von rund einem Drittel. Bei der

vorherrschenden Diskriminierung der Bauern durch niedrige Preise ihrer Hauptprodukte besteht für sie jedoch überhaupt kein Anreiz, sich diese zusätzliche Arbeit aufzuerlegen.

Fallbeispiel Obervolta

Verfehlte staatliche Entwicklungspolitik

Das Land Obervolta, mitten im Sahel gelegen (Fläche 274 000 km², Bevölkerung 7 Mio., Niederschlag 500 mm im Norden und 1000 mm im Süden), hatte bis jetzt eine der liberalsten Regierungen der Welt und sich dementsprechend bisher – verglichen mit der kleinen Bevölkerung – zu einem der grössten Entwicklungshilfe-Empfänger entwickelt, nämlich 1389 Mio. US\$ für die Jahre 1975–1981. Da jedoch auch Obervolta eine bauernfeindliche Agrarpolitik verfolgt, ist die Wirkung der Entwicklungshilfe enttäuschend geblieben: Auch in Obervolta hat die Hirse- und Maisproduktion mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt gehalten, sondern pro Kopf abgenommen, während gleichzeitig die Bodenzerstörung beängstigend um sich greift und die Grundwasservorräte stark abgenommen haben. Die Preise der Hirse sind zugunsten der Stadtbevölkerung und der Funktionäre künstlich tiefgehalten, was durch die institutionalisierte Nahrungsmittelhilfe sehr erleichtert wird. Im Februar 1984 wurde auch 1 kg lokaler Reis in der Hauptstadt Ouagadougou für 156 CFA (0.82 SFr.) angeboten, während Reis aus Pakistan (von westlichen Ländern finanziert) für nur 135 CFA (0.71 SFr.) verkauft worden ist. In einem Landwirtschaftsprojekt im Distrikt Yatenga wurde der Taglohn eines Bauern (Bruttowertschöpfung) auf nur 215 CFA berechnet, bei einem von der Regierung festgesetzten Taglohn für einen ungelerten Arbeiter von 600 CFA.

Durch diese für den *Bauern diskriminierende Preispolitik* lohnt es sich für die Bauern nicht, für den Markt zu produzieren, ja nicht einmal für den Eigenkonsum: Die Landflucht der jungen Leute ist beträchtlich. Schon 1974 gingen jedes Jahr 61% der jungen Leute im Alter von 20–24 Jahren als Tagelöhner in die benachbarte Elfenbeinküste, um nach Rückkehr zu Hause mit dem verdienten Geld die billigen Nahrungsmittel zu kaufen – anstatt die eigene Scholle zu bearbeiten. Es wird geschätzt, dass heute rund 500 000 obervoltaische Fremdarbeiter auf diese Art jedes Jahr zwischen 100 und 150 Mio. US-Dollar nach Obervolta zurückbringen.

Die von den Hilfswerken immer wieder angeprangerten «Hungerlöhne» der Plantagenarbeiter in der Elfenbeinküste

sind also offenbar doch noch attraktiver als der wahre Hungerlohn, den ein Bauer für seine eigene Nahrungsmittelproduktion löst.

In dieser Sachlage sind alle landwirtschaftlichen Projekte, die die lokale Getreideproduktion fördern sollten, nur sehr beschränkt wirksam: Das Metier, für das die Bauern ausgebildet und beraten werden, für das sie verbesserte Geräte und Kleinkredite erhalten, für das sie verbessertes Saatgut kaufen müssen, genossenschaftliche Getreidelager bauen sollten usw., lohnt sich schlicht nicht. Auch Alphabetisierung und handwerkliche Ausbildung fördern unter diesen Umständen die Landflucht, anstatt zur Entwicklung der ländlichen Räume beizutragen.

Die Bauern weichen aus auf Cash crops wie Arachide und Baumwolle und auf Gemüsebau. Das letztere wäre als Ergänzung zum Hirsebau nicht ungünstig, aber anstelle der Hirseproduktion schafft dies nur eine totale Abhängigkeit von importierten Grundnahrungsmitteln. Ganz abgesehen davon, führt exklusiver Gemüsebau mittels Dieselpumpen zur Übernutzung der Grundwasservorräte. Beides, Nichtnutzung des Ackerlandes und Ausweichen auf Gemüsebau, fördert die ökologischen Schäden. Noch hätte es genügend fruchtbare Böden, um Obervolta – mit einer zweckmässigen Agrarpolitik – zu einem Getreideüberschussgebiet zu machen. Doch die wirklich guten ökologischen Projekte sind sehr dünn gesät, und vieles, was von staatlichen Stellen und von internationalen Organisationen als «lutte anti-érosif» bezeichnet wird, ist wirkungslos – da völlig falsch konzipiert – oder sogar kontraproduktiv. *Integrale, antierosive Massnahmen im Sahel sind aber zu einer Überlebensfrage geworden.*

Bisherige ökologische Massnahmen in Obervolta Wasserrückhaltbecken

Neben Diguebau hat sich auch die Erstellung von Staudämmen mit Wasserrückhaltbecken zur Anreicherung des Grundwasserspiegels sehr bewährt. So hat z.B. ein kirchliches Hilfswerk bei Koudougou mit einer Projektsumme von rund 3 Mio. SFr. (davon 1/3 Eigenleistung der Bevölkerung in Form von Arbeit) bisher 30 Dämme gebaut mit einer Gesamtlänge von rund 6 km. Damit stieg der Grundwasserspiegel in grossem Umkreis so weit an, dass seit Jahren trockene Grundwasserbrunnen für rund 120 000 Bauern und ihr Vieh wieder Wasser enthielten und davon 60 000 Menschen die Möglichkeit haben, während der ersten drei Monate der Trockenzeit mittels Kalebassen und Giesskannen Gemüsebau zu treiben.

Das grösste Wasserreservoir hat eine Kapazität von 330 000 m³, alle anderen sind bedeutend kleiner. Die optimale Grösse eines Rückhaltbeckens müsste so sein, dass das Becken unmittelbar vor Beginn der Regenzeit fast gänzlich austrocknet, denn dasjenige Wasser, welches in den Untergrund dringt, ist wertvoll, und nicht dasjenige, das an der Oberfläche sichtbar ist. Überdies würde dadurch die Ausbreitung von tropischen Krankheiten wie Bilharziose vermindert. Auch ziehen zu grosse Wasserflächen zu viel Vieh an, und die grossen Viehkonzentrationen sind der Anfang der Desertifikation. (Eine ähnliche Erfahrung wurde anfangs der siebziger Jahre mit Grundwasserbrunnen gemacht, wo die Installation von leistungsstarken Dieselpumpen das Schöpfen des Wassers von Hand mittels Seilzug ersetzte.)

Doch Prestigedenken und reichlicher Fluss von Geldmitteln (Weltbank, EWG und bilateral) hat dazu geführt, dass die staatlichen Stellen (ORD) nur noch an solchen Barragen interessiert sind, deren Stauinhalt über 1 Mio. m³ liegt. Solche führen zu Verschwendung des im Sahel so kostbaren Wassers (bis 4 m Verdunstung pro Jahr); setzen viel wertvolles Kulturland unter Wasser, fördern die tropischen Wasserkrankheiten und führen zur Desertifikation im Umkreis von vielen Kilometern zufolge grosser Viehkonzentrationen. Sie müssen ohnehin maschinell unter Anwendung von Zement gebaut werden und lassen damit der Anwendung von angepassten Technologien wenig Raum.

Staatliche Aufforstungen

Bilateral-staatliche grossflächige Aufforstungen wurden in Obervolta viele an die Hand genommen, meist mit maschineller Bodenzubereitung. Da sie aber ohne Beteiligung der Bauern konzipiert waren, fallen sie rasch dem Viehfrass anheim. Lebensfähig sind nur dörfliche und familiäre Aufforstungen, wo die Bauern die volle Verantwortung für den Schutz des Perimeters übernehmen, sei es durch Einzäunung oder durch Bewachung.

Projekt «Groupement Européen Reconstruction des Sols» (GERS)

Von 1962–1964 wurden für damals 1 Mia. CFA EWG-Gelder (heutiger Wert mindestens 5 Mia. CFA = 27 Mio. SFr.) im Gebiet von Yatenga 200 000 ha mit Diguette versehen. Diese wurden völlig maschinell und mit fremdem Personal erstellt. Die Diguette wurden nur aus Erde gebaut (was erfahrungsgemäss nicht hält) und waren ursprünglich mit 50 cm viel zu hoch. Die Bauern wurden überhaupt nicht gefragt, sondern sozusagen über Nacht erschienen

die Bulldozer wie ein Spuk und verschwanden wieder. Da über die Köpfe der Bauern hinweg erstellt, haben die letzteren kein Interesse an den Diguettes, und Unterhalt fehlt deswegen völlig. Dieses Millionen-Projekt muss heute – nach 20 Jahren – als völliger Fehlschlag bezeichnet werden.

Projekt «Anti-Erosif du Fonds de Développement Rural» (FDR)

Dieses Projekt wird von der Weltbank, von Kanada und von Holland finanziert. Es ist ein Teil der staatlichen Entwicklungstätigkeit, die in vielen Regionen von Obervolta durch die Office Régional de Développement (ORD) durchgeführt wird. Zwischen 1979 und 1984 wurden beispielsweise durch das ORD Dori 1600 ha mit Diguettes versehen.

Das Projekt ist jedoch falsch konzipiert – sowohl entwicklungspolitisch als auch technisch: Ohne Befragung der Bauern und damit ohne deren Beteiligung und ohne eine Eigenleistung zu verlangen, wurden irgendwelche Leute mit kontraproduktiven Food-for-Work-Programmen beschäftigt. Unterhalt fehlt daher völlig. Die Diguettes verfallen nach kurzer Zeit, ohne den geringsten Nutzen gebracht zu haben, und mit den Food-for-Work-Programmen wurde überdies die Initiative der Leute paralytisiert.

Zudem sind die Diguettes mit 50 cm viel zu hoch, verglichen mit einer optimalen Höhe von nur 15–20 cm, und sind nur aus Erde gebaut. Sie müssten mit Steinen befestigt sein, um wirklich zu halten.

Bilateral-Staatliches Programm «Anti-Erosif»

In diesem Programm, ebenfalls in Zusammenarbeit mit den staatlichen ORD, wurden 1979–1984 mit einem Gesamtaufwand von rund 420 000 SFr. und sechs fremden Experten und Entwicklungshelfern bisher 190 ha mit total 19 km Diguettes versehen – allerdings vorwiegend 20 cm hohen Erddämmen (also ohne Steine), die erfahrungsgemäss schweren Regengüssen kaum standhalten.

OXFAM-Projekt Anti-Erosif

In diesem Projekt wurden mit einem einzigen fremden Entwicklungshelfer zwischen 1979 und 1984 mit einem Aufwand von rund 120 000 SFr. 190 ha mit total 86 km Diguettes versehen, mit optimaler Höhe von etwa 15–20 cm, und alle mit Steinen versehen zur Verstärkung.

Das OXFAM-Projekt ist nicht nur das weitaus *billigste und effizienteste*, sondern bisher nach meiner Kenntnis das einzige, das versucht hat, durch systematische Datensammlung, Statistik und Auswertung Vergleiche mit benachbar-

Vergleiche von vier Anti-Erosiv-Projekten in Obervolta

Projekt	Gesamtkosten	bearbeitete Fläche	Kosten/ha	Wirkung
GERS (EWG) Staat	27 Mio. SFr.	200 000 ha	130 SFr.	unnützlich und schädlich
FDR/ORD/Staat (westliche Geldgeber)	280 000 SFr.	1 600 ha	176 SFr.	unnützlich und schädlich
Bilateral/Staat	150 000 SFr.	19 ha	21 000 SFr.	gering
OXFAM	150 000 SFr.	190 ha	625 SFr.	ausgezeichnet

ten Versuchsfeldern ohne Diguettes anzustellen. Durch den Diguettebau auf stark degradierten und vorher unfruchtbaren Böden wurden in nur zwei bis drei Jahren die folgenden Ertragssteigerungen erreicht:

1982 (Normaljahr)
von 450 kg/ha auf 495 kg pro ha.

1983 (Dürrejahr)
von 276 kg/ha auf 360 kg pro ha.

(Normalernte auf guten Böden: 726 kg Hirse)

Die Steigerung war im Dürrejahr mit 50% besonders wichtig und zeigt, wie mit zweckmässiger Bodenverbesserung selbst degradierte Böden wieder produktiv gestaltet und besonders die Wirkungen von Dürren stark gemindert werden können (auch in bezug auf Grundwasservorräte).

Solche Massnahmen sind aber sehr arbeitsintensiv. Im OXFAM-Projekt wurde der Arbeitsaufwand für die Hirseproduktion allein auf 87 Manntage berechnet. Diguettebau erfordert zusätzliche 30 Tage (d. h. zusätzliche 34%). Diese müssen völlig als Eigenleistung erbracht werden, auch ohne die schädliche Anwendung von Food-for-Work-Programmen.

Gerechterweise kann man aber von einem Bauern nur dann eine solche Eigenleistung erwarten, wenn er für das Produkt, nämlich die Hirse, auch einen gerechten Lohn erhält.

Kirchliche Hilfswerke haben im Gebiet von Kaya schon seit Jahren Diguettebau unter Beteiligung und mit Eigenleistung der Bauern betrieben, doch müsste dies noch viel systematischer und auf breiterer Basis erfolgen. Immerhin sind gute Ansätze vorhanden.

Nach Einblick in die obigen Zahlen und nach Kenntnisnahme der «Wirkung» der Anti-Erosiv-Projekte, die alle im gleichen Gebiet über die Bühne gelaufen sind, und obwohl in vielen Dörfern die Bauern immer noch bereit sind, den arbeitsintensiven Diguettebau als reine Eigenleistung zu erbringen, überrascht die nachstehende Bemerkung eines (sehr erfolgreichen) Entwicklungshelfers kaum mehr:

«Es gibt sogar noch Dörfer in diesem Gebiet, die mehrere Entwicklungsprojekte überlebt haben.»

Eine neue Entwicklungspolitik!

Die geringe, oft schädliche Wirkung der staatlichen und öffentlichen Entwicklungshilfe in Obervolta ist kein Einzelfall. Im Gegenteil, bisher hatte das Entwicklungsland Obervolta vergleichsweise noch eine «vernünftige» Regierung. Aber angesichts dieser Tatsachen können die steten Vorhaltungen der OECD über die geringe schweizerische öffentliche Entwicklungshilfe und die Sprüche vom «Geiz der Schweiz» oder «die Schweiz als Schwarzfahrer der Entwicklungshilfe» nur als töricht bezeichnet werden.

Tatsächlich ist heute die Absorptionskapazität vieler Entwicklungsländer, vor allem der ärmsten, für Projektfinanzierung schon längst überschritten. Schon im April 1981 fand in Nepal ein grosses einwöchiges Internationales Seminar statt unter dem Titel: Nepal's Experience in Hill Agricultural Development. Im gedruckten Bericht über das Seminar steht unter «Strategy» die folgende Konklusion: «Translating the general findings into clearly defined projects is more difficult, since during the last few years there have been signs that the implementation capacity of the Government is strained.»

In einem internen UNDP-Bericht von 1980 stand über Obervolta: «International Assistance might well turn Upper Volta into a terminal international welfare case.»

Solange die Entwicklungsgelder nicht auch für gerechte Preise für die vom Bauern produzierten Grundnahrungsmittel und für umfassende ökologische Massnahmen unter Eigenleistung und Verantwortung der Bauern an der Basis verwendet werden, wird ihre Wirkung auf lange Sicht eher kontraproduktiv bleiben.

Die Einführung einer wirklich neuen Entwicklungspolitik wird zu einer Überlebensfrage – und nicht die Verstärkung der bisherigen Hilfe, welche die Zeitbomben Welternährung und Umweltzerstörung nur vergrössert.

Adresse des Verfassers:
Dr. Toni Hagen
Heidhüsli, CH-7078 Lenzerheide